

Irrtümlich wurde angegeben, daß der Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen nicht mehr bestehe. Die Mitglieder dieses Ausschusses waren jedoch bereits am 6. März gewählt worden (RMRB, 7.3.1998), während über die Zusammensetzung aller anderen Ausschüsse erst am 17. März entschieden wurde. Die chinesischen Medien gaben am 17./18. März nur noch die Zusammensetzung von acht Fachausschüssen bekannt. (RMRB, 18.3.1998) Ich danke Herrn Dr. Matthias Steinmann, dem stellvertretenden Direktor des Deutsch-Chinesischen Instituts für Wirtschaftsrecht in Nanjing, für diesen wichtigen Hinweis.

Das bedeutet: Der Nationale Volkskongreß besitzt jetzt neun (nicht acht) Fachausschüsse und der Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen besteht weiterhin. Das Schaubild wird deshalb in diesem Heft in korrigierter Fassung nochmals abgedruckt. -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

14 Weißbuch über Wissenschaft und Technik

Das Wissenschaftsministerium hat Anfang April 1998 das siebente Weißbuch über Wissenschaft und Technik herausgegeben. Wissenschaftsweißbücher werden seit 1986 regelmäßig veröffentlicht. Das jüngste Buch trägt den Untertitel „Wegweiser für Chinas Wissenschafts- und Technologiepolitik“. Das Weißbuch erläutert Chinas Wissenschaftspolitik und erklärt wichtige Maßnahmen zur Förderung der Ausrichtung von Wissenschaft und Technik auf die sozioökonomische Entwicklung sowie zur Anhebung der wissenschaftlich-technischen Leistungsfähigkeit und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Es gibt außerdem einen Überblick über die Entwicklung von Wissenschaft und Technik in den beiden letzten Jahren und stellt die Projekte des 9. Fünfjahresplans (1996-2000) sowie die Schwerpunktprojekte im mittelfristigen Plan bis zum Jahr 2010 vor. Dazu zählen u.a. High-Tech-Projekte in den Bereichen Pharmazie und Umweltschutz, der Hochgeschwindigkeitszug Beijing-Shanghai und Informationsautobahnen, des weiteren ein TV-

Hochauflösungssystem, ein elektronisches Finanznetzwerk, Autos mit Elektromotoren, das Drei-Schluchten-Projekt, Supraleitungstechnologie und ein System zur Überschwemmungsprävention. Ferner enthält das Weißbuch Informationen zur Strukturreform im Wissenschaftsbereich sowie einschlägige Statistiken bis Ende 1995. In dem Weißbuch wird das besondere Interesse Chinas an ausländischer Wissenschaftskooperation bekundet. Ausländische Forschungsinstitutionen sollen in China Forschungsinstitute gründen oder chinesisch-ausländische Forschungsgruppen einrichten. Auf einer Pressekonferenz anlässlich der Veröffentlichung des Weißbuches wurde bekanntgegeben, daß Frankreich die Gründung eines Instituts für Biowissenschaften in Shanghai sowie eines Informationszentrums und eines Zentrums für nachhaltige Entwicklung in Beijing vorbereitet. Des weiteren plant die US-amerikanische Bell Company den Bau eines Großlabors in Shanghai. (RMRB, XNA, 8.4.98) -st-

15 China plant bemannten Raumflug für 1999

China plant seinen ersten eigenen bemannten Raumflug für das nächste Jahr. Die Experimente laufen auf vollen Touren, damit der Flug im 50. Gründungsjahr der Volksrepublik China starten kann. Unter Berufung auf die Shanghaier Wirtschaftszeitung berichtete die *South China Morning Post*, daß die beiden vorgesehenen chinesischen Astronauten ihre Ausbildung in Rußland erfolgreich abgeschlossen hätten. Die Astronauten sind nach China zurückgekehrt, um dort weitere Astronauten auszubilden. Entwicklung und Bau des Raumschiffes sollen von der China Aerospace Industry Corporation durchgeführt worden sein, während Shanghaier Wissenschaftler für die Entwicklung der Raumschiffkabine inklusive Forschungseinrichtung, Treibstoffversorgung und Fernsteuerung zuständig gewesen seien. China und Rußland haben ihre Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Weltraumforschung in jüngster Zeit verstärkt.

Die Zeitung berichtete ferner, daß China in der Provinz Sichuan zwei Windkanäle gebaut hat, die modernsten in Asien, um das Raumschiff, Trägerraketen und strategische Flugkörper zu testen. Die Windkanäle, von denen einer für Ultraschallgeschwindigkeiten geeignet ist, wurden vom Zentrum für aerodynamische Forschung und Entwicklung gebaut. Die bislang vorhan-

denen Windkanäle waren nicht geeignet, die Aerodynamik von Raumschiffen zu testen. (SCMP, Internet ed., 21.4.98)

China hat den Ehrgeiz, nach USA und Rußland dritte Weltraummacht zu werden. Es engagiert sich auch in anderen High-Tech-Bereichen, wie z.B. Biotechnologie, Informationswissenschaften, Supraleitertechnik u.ä. Erfolge in diesen Bereichen sollen nicht nur „spill-over“-Effekte auf die Modernisierung der chinesischen Wirtschaft erzeugen, sondern auch Chinas Ansehen in der Welt aufbessern. -st-

16 Kritik am bestehenden Hochschulsystem

In China ist derzeit ein Hochschulgesetz in Vorbereitung. Über das Gesetz beriet der Ständige Ausschuß des NVK Ende April (vgl. XNA, 29.4.98). Zuvor hatte der neue NVK-Präsident Li Peng die Meinung zahlreicher Wissenschaftler und Experten eingeholt (vgl. GMRB, 16.4.98 u. XNA, 26.4.98). Obwohl Einzelheiten des Gesetzesentwurfs nicht bekannt sind, läßt sich aufgrund der Reformtendenzen der letzten Jahre schon jetzt sagen, daß das neue Gesetz die Grundlage für eine weitgehende Autonomie der Hochschulen bieten und die bisherige zentralistische Organisationsstruktur ein Ende haben wird. Überdies werden vielfältige Finanzierungsformen bis hin zu privat finanzierten Hochschulen sanktioniert werden. In den Diskussionen wurden diese Tendenzen nicht nur uneingeschränkt bejaht, sondern es wurde auch scharfe Kritik am bestehenden Hochschulsystem geübt. Dieses sei nicht mehr zeitgemäß und falle weit hinter die wirtschaftliche Entwicklung zurück. Wenn ein Land mit einer Bevölkerung von über 1,2 Mrd. nur über gut 2.000 Hochschulen mit 5,67 Mio. eingeschriebenen Studenten verfüge, dann seien das einfach zu wenig Hochschulen. Die derzeitige Zahl der Hochschulen wird mit 2.170 angegeben (XNA, 26.4.98); davon sind ca. 1.036 reguläre, d.h. öffentlich finanzierte Hochschulen, der Rest sind nichtreguläre, d.h. nichtstaatliche Hochschulen.

Bemängelt wird vor allem, daß die Hochschulbildung immer noch zu exklusiv, d.h. auf einen relativ kleinen Kreis von Studenten beschränkt ist, weil der Zugang über die strengen Aufnahmeprüfungen restriktiv gehandhabt wird. Wenn China eine Wirtschafts- und Wissenschaftsmacht

sein wolle, komme es nicht umhin, den Hochschulbesuch zu popularisieren und sich dem Welttrend der Massenuniversität anzuschließen. Davon allerdings sei China noch weit entfernt. Während in den USA, Japan und Kanada schon über 50 Prozent eines Jahrgangs eine Hochschule besuchten und dieser Anteil in 47 Ländern mindestens 15 Prozent betrage, besuchten in China knapp 1,5 Prozent eines Jahrgangs eine Hochschule. China habe zwar derzeit nicht die finanziellen Mittel, um seine Hochschulbildung auszuweiten, aber nichtreguläre Hochschulen, sog. *minban*-Schulen, könnten das Manko ausgleichen, da sie nur zu einem geringen Teil öffentliche Zuschüsse erhielten. Deren Hauptfinanzierungsquelle seien Einnahmen aus Studiengeldern und schuleigenen Unternehmen sowie Zuschüssen aus der Gesellschaft. Als weitere Möglichkeit wird die Ausschöpfung der vorhandenen Kapazitäten gesehen. (Vgl. GMRB, 8.4.98, S.5)

Der Vorwurf in diesem Zusammenhang lautet, daß die Hochschulen in China unwirtschaftlich arbeiten. Das Bestreben sei, „klein, aber komplett“ zu sein, d.h. man bietet einer kleinen Zahl von Studenten möglichst alle Fakultäten an, wobei die Bildungsressourcen jedoch nicht optimal verteilt und genutzt werden. Dies wird mit Zahlenbeispielen belegt: Von den gut 1.000 regulären Hochschulen haben 147 im Grundstudium (undergraduate level) eine Studentenzahl von unter 2.000, und bei 102 Hochschulen liege die Studentenzahl im Fachstudium (post-graduate level) unter 1.000. Noch deutlicher läßt sich die geringe Studentenzahl bei den Erwachsenen-Hochschulen erkennen: Von 1.000 derartigen Institutionen haben 447 weniger als 300 Studenten zu verzeichnen. (Vgl. RMRB, 24.4.98, S.5) Mit anderen Worten, es gibt zu viele Hochschulen mit geringen Studentenzahlen; durch eine Neustrukturierung, bei der darauf geachtet wird, daß nicht zu viele gleichartige kleine Hochschulen in geographischer Nähe zueinander liegen, und durch Zulassung größerer Studentenzahlen könnten die Hochschulen effektiver arbeiten.

Kritik wird nicht zuletzt an der zentralistischen Verwaltungsstruktur geübt. Die Hochschulreform werde scheitern, wenn das Bildungsministerium weiterhin die Hochschulen kontrolliere wie bisher, meinte ein Professor der Qinghua-Universität. Die Kontrolle durch die zentralen Ministerien habe dazu geführt, daß die chinesischen Hochschulen jegliche Initiative verlor-

ren hätten. Allgemein wird in einschlägigen Kreisen dafür plädiert, das Gros der Hochschulen den Provinzen zu unterstellen und nur noch einige hochqualifizierte Universitäten beim Bildungsministerium zu belassen. Die Hochschulen sollten das Recht erhalten, selbständig Studenten aufzunehmen, ihre Lehre zu gestalten und Diplome zu vergeben. (XNA, 26. u. 29.4.98)

Die angeführten Kritikpunkte stellen nur einen Ausschnitt aus der breiten Diskussion um die Hochschulreform dar. Bemerkenswert ist, daß die Diskussion sehr offen geführt wird und die Medien ihr breiten Raum widmen. Da Partei und Regierung in den letzten Jahren zunehmend unter Beweis gestellt haben, daß es ihnen mit dem Schlagwort „Wissenschaft und Bildung“ ernst ist, daß also Wissenschaft und Bildung gleichermaßen Priorität genießen sollen, ist Kritik erlaubt und sogar erwünscht. Nur in offener und breiter Diskussion, so die Erkenntnis, ist es möglich, das Bewußtsein der allgemeinen Öffentlichkeit für die Bildungsprobleme zu wecken. -st-

17 Abschaffung der Aufnahmeprüfung zur Mittelschule

In Beijing wird vom neuen Schuljahr 98/99 an die allgemein übliche Aufnahmeprüfung zur Sekundarstufe I abgeschafft. Damit werden die Abgänger der Grundschulen den Übergang zur Mittelschule nicht nur ohne Prüfung vollziehen können, sondern sie müssen auch die in Wohnnähe befindliche Mittelschule aufsuchen, d.h. die Eltern können nicht mehr die Mittelschule auswählen. Mit dieser Maßnahme ist zugleich verbunden, daß die Schwerpunktmittelschulen der Sekundarstufe I im Prinzip aufhören zu bestehen. Aufnahmeprüfungen zur Mittelschule stehen grundsätzlich im Widerspruch zur Einführung der neunjährigen Schulpflicht (6 Jahre Grundschule und 3 Jahre untere Mittelschule). Deshalb wird die Maßnahme als ein wichtiger und folgerichtiger Schritt zur Verallgemeinerung der Bildung und zur Anhebung des Bildungsniveaus insgesamt gesehen. Darüber hinaus bedeutet die Abschaffung der Aufnahmeprüfung zur Sekundarstufe I eine stärkere Trennung zwischen Mittelschulunter- und -oberstufe, die beabsichtigt ist. Elitusbildung soll künftig erst mit der Mittelschuloberstufe beginnen. Deshalb werden auf der Unterstufe auch die sog. „Drei-Gut-Schüler“ (*san*

hao sheng) abgeschafft, d.h. Schüler, die sowohl geisteswissenschaftlich/künstlerisch als auch naturwissenschaftlich und sportlich begabt sind und die vorzugsweise von den Schwerpunktmittelschulen aufgenommen wurden. „Drei-Gut-Schüler“ soll künftig nur noch eine Ehrenbezeichnung sein, aber nicht mehr an den Übergang in eine bestimmte Schule gebunden sein.

Im einzelnen hat die Bildungsbehörde der Stadt Beijing folgende Reformen beschlossen:

- Abschlußprüfungen auf der Grundschule können die Schulen nach eigenem Ermessen veranstalten, jedoch sollen sie keine einheitlichen Abschlußprüfungen durchführen. Die zu prüfenden Fächer sind Sprache (Chinesisch) und Mathematik. Gegebenenfalls können auch Fremdsprachen geprüft werden, allerdings nur mit Genehmigung der Behörden.

- Nach Beendigung der Grundschule gehen die Schüler zur Mittelschule ohne Aufnahmeprüfung über, und zwar müssen sie in die für sie zuständige Mittelschule gehen, d.h. sie können sich die Schule nicht auswählen. Dies trage zur Anhebung des gesamten Bildungsniveaus in den einzelnen Stadtteilen bei und führe zu einer vernünftigeren Verteilung der Schüler und zur „Stabilisierung der Gesellschaft“. (Gerade um die Frage der freien Schuwahl hatte es in der Vergangenheit viel Unruhe gegeben [vgl. dazu C.a., 1996/1, Ü 15]. Denn ehrgeizige Eltern wählen sich für ihr Kind vielfach die beste Schule aus und zahlen dafür auch mehr Gebühren. Dies hat zur Folge, daß weniger begüterten oder auch durchschnittlich begabten Kindern gute Schulen, zumeist Schwerpunktschulen, verschlossen sind, und zwar auch, wenn sie in Wohnnähe liegen, weil sich diese Schulen die Schüler nach Begabung und Geldbeutel der Eltern aussuchen.)

- Auf der Sekundarstufe I werden die Schwerpunktschulen praktisch abgeschafft. (Dies ist eine natürliche Folge der Abschaffung der Aufnahmeprüfungen und der Einführung des Prinzips der Wohnnähe.) Es gibt allerdings Ausnahmen: Eine geringe Zahl von Schwerpunktmittelschulen darf aus besonderen Gründen Schüler weiterhin nach den herkömmlichen Auswahlkriterien aufnehmen, braucht dafür aber die Genehmigung der Behörden. Voraussetzung ist jedoch, daß sie ebenfalls wie andere Mittelschulen in ihrem Stadtviertel Schüler ohne Prüfung und aus Wohnnähe aufnehmen.

- Mit Genehmigung der Behörden können bestimmte Schulen mit traditionellen Schwerpunkten, wie Literatur und Kunst, Sport oder Naturwissenschaften, sich unter den Grundschulabgängern Schüler auswählen, die auf einem der genannten Gebiete besonders begabt sind. Der Anteil der als sonderbegabt aufzunehmenden Schüler soll jedoch auf 2 Prozent der Gesamtzahl der Grundschulabgänger beschränkt sein.

- Nichtstaatliche Mittelschulen der Sekundarstufe I unterliegen Sonderbestimmungen (vgl. die Bestimmungen für nichtstaatliche Schulen, C.a., 1997/8, Ü 10) und der Kontrolle und Leitung durch die Behörden. Sie können sich ihre Schüler auswählen, dürfen aber ebenfalls keine Aufnahmeprüfungen durchführen. (GMRB, 27.4.98; RMRB, 17.4.98)

Was die Beijinger Bildungsbehörde jetzt beschlossen hat, soll einmal für ganz China gelten. Doch sind die Bedingungen in weiten Teilen des Landes noch nicht reif für eine Abschaffung der Aufnahmeprüfungen zur Mittelschule. Solange das Bildungsniveau so große regionale Unterschiede aufweist, wie es zur Zeit noch der Fall ist, werden Aufnahmeprüfungen abgehalten werden und werden Schwerpunktschulen bestehen. Heute können diese Reformen, wie sie Beijing jetzt durchführt, nur in den entwickelten Regionen, wo die allgemeine neunjährige Schulpflicht bereits verwirklicht ist, in Angriff genommen werden. Die Provinzen des mittleren Entwicklungsstandes bemühen sich derzeit um die Einführung der neunjährigen Schulpflicht, hier ist man für die Folgereformen noch nicht gerüstet, ganz zu schweigen von den unterentwickelten westlichen Regionen, wo vielfach noch nicht einmal eine sechsjährige Schulpflicht besteht. -st-

18 Ablösung der Schwerpunktschulen durch Privatschulen

Mit der schrittweisen Abschaffung der Aufnahmeprüfungen zur Mittelschule (siehe vorherige Übersicht) wird das Ende der Eliteschulen Chinas, die unter der Bezeichnung Schwerpunktschulen bekannt sind, eingeläutet. Die Schwerpunktschulen hatten ein wechselvolles Schicksal und waren unter Bildungspolitikern stets umstritten. In der Kulturrevolution, die jegliche Elitebildung ablehnte, wurden sie abgeschafft, jedoch in nachmaoistischer Zeit als eine der ersten Reformmaßnahmen im Bildungswesen wieder ein-

geführt. Die Kritik an ihnen ist allerdings nie verstummt, denn sie stehen dem bildungspolitischen Ideal „gleiche Bildung für alle“ und der Chancengleichheit entgegen. Die Schwerpunktschulen sind untereinander hierarchisch gegliedert je nachdem, ob sie dem Staat, einer Provinz oder einer Stadt unterstehen. In jedem Falle jedoch handelt es sich um öffentliche Schulen.

Jetzt entsteht mit den nichtstaatlichen Schulen eine neue Form von Eliteschulen, die teilweise - zumindest im Pflichtschulbereich - an die Stelle der alten Schwerpunktschulen treten, was die Art der Rekrutierung von Schülern, das hohe Niveau und die Exklusivität dieser Schulen anlangt. Nichtstaatliche Schulen gibt es seit Anfang der achtziger Jahre, sie haben jedoch in den neunziger Jahren einen großen Aufschwung erlebt. Sie sollen das öffentliche Schulsystem vornehmlich im Bereich außerhalb der Pflichtschule ergänzen, sind aber ausdrücklich auch im Pflichtschulbereich zugelassen (vgl. dazu C.a., 1997/8, Ü 10).

Die Entwicklung solcher nichtstaatlichen oder privaten Schulen geht aus einem Bericht über Hangzhou (Hauptstadt der Provinz Zhejiang) hervor, wo jetzt die Aufnahmeprüfungen zu den privaten Mittelschulen der Sekundarstufe I abgeschafft wurden (s. GMRB, 9.4.98, S.2). In Hangzhou wurde im Zuge der Realisierung der neunjährigen Schulpflicht das Prinzip des Schulbesuchs in Wohnnähe eingeführt. Damit war nur noch bei den nichtstaatlichen Schulen eine Wahlmöglichkeit gegeben. In den letzten Jahren, so heißt es in dem Bericht, hat sich um die Zulassung zu den Privatschulen (die offensichtlich ein sehr gutes Niveau haben) ein heftiger Konkurrenzkampf entwickelt, denn immer mehr Schüler strebten den Besuch einer solchen guten Privatschule an. Die Schulen ihrerseits suchten sich die Schüler über immer schwerere Auswahlverfahren aus. Dies führte dazu, daß das Bestehen der Aufnahmeprüfungen an den Privatschulen das Prestige der Schule ebenso wie das der Eltern erhöhte. Überdies wurden in der 6. Grundschulklasse die Schulkinder in zwei Gruppen eingeteilt, solche, die die Aufnahmeprüfungen zu den privaten Mittelschulen bestehen würden, und solche, die sie nicht bestehen würden. Damit sie die Prüfungen bestehen würden, ließen die Eltern ihren Sprößlingen alle möglichen Formen von Nachhilfeunterricht zuteil werden.

Um diesem neuen Ungleichheitssystem und der Belastung der Schü-

ler ein Ende zu bereiten, hat die Bildungsbehörde der Stadt Hangzhou jetzt die Abschaffung der Aufnahmeprüfungen an den nichtstaatlichen Mittelschulen verfügt. Der starke Wettbewerbsdruck, so wird argumentiert, widerspreche dem Sinn der Schulpflicht, verletze das Selbstwertgefühl vieler Kinder und beeinträchtige ihre psychische Entwicklung. Die zu frühe Einteilung der Kinder in obere, mittlere und untere Leistungsgruppe sei für die Entwicklung der Kinder schädlich. Dem Bericht zufolge werden in Hangzhou pro Jahr rund 1.000 Schüler in private Mittelschulen der Sekundarstufe I aufgenommen, doch über 10.000 rivalisierten um einen Schulplatz. Manche Schüler mußten sich innerhalb weniger Tage Aufnahmeprüfungen an drei oder vier Schulen unterziehen. Daraufhin verfügte die Stadt 1997, daß die Aufnahmeprüfungen alle gleichzeitig stattfinden hätten, aber das Problem konnte nicht grundlegend gelöst werden. In diesem Jahr wird das Problem nun an der Wurzel gepackt und soll endgültig aus der Welt geschafft werden: Die Aufnahmeprüfungen zu den privaten Mittelschulen werden ganzundgar abgeschafft, und die zur Verfügung stehenden Schulplätze werden verlost, so daß kein Gerangel um die Plätze entstehen kann. Damit dürfte sich der Ansturm auf diese Schulen freilich nicht verringern. Der Vorteil dieser Methode, wenn sie konsequent angewendet würde, wäre jedoch eine größere Chancengleichheit. -st-

19 Analphabetenrate weiter gesunken

Die Analphabetenrate ist in China weiter gesunken. Laut Angaben des Bildungsministeriums wurden 1997 gut 4 Mio. jüngere Menschen alphabetisiert. Damit soll die Quote der Analphabeten unter jüngeren Menschen jetzt auf 6 Prozent gesunken sein (GMRB, 16.4.98, S.2). Geht man von der Zuverlässigkeit dieser Angaben aus, so wäre in den beiden letzten Jahren ein deutlicher Fortschritt erzielt worden, denn im Jahre 1995 betrug der Anteil unter den jüngeren Menschen noch 7 Prozent. Der offiziellen Planung zufolge soll der Anteil bis zum Jahr 2000 auf unter 5 Prozent gedrückt werden (vgl. C.a., 1996/9, S.872). Die Zahlen sind allerdings aus zwei Gründen anzweifelbar. Zum einen sind die Statistiken vielfach ungenau, weil häufig geschönte Angaben nach oben weitergegeben werden, zum anderen ist der Begriff „jünge-

re Menschen“ (*qing-zhuangnian*) nicht eindeutig festgelegt; z.T. werden unterschiedliche Altersgruppen zugrunde gelegt, die von 15-40 über 15-45 bis zu 15-50 Jahren reichen.

Die jüngeren Analphabeten sind in einem Alter jenseits der Schulpflicht. Sie lernen daher in ländlichen Erwachsenenbildungseinrichtungen Schreiben und Lesen, wobei die Unterweisung in diesen Fähigkeiten auch mit der Vermittlung technischer Fähigkeiten verbunden ist. Solche Einrichtungen gibt es auf der untersten Verwaltungsebene sowohl in Gemeinden als auch in Dörfern. Insgesamt belief sich ihre Zahl 1997 nach Angaben des Ministeriums auf 640.000; an ihnen wurden im selben Jahr 87 Mio. Erwachsene unterrichtet (ebd.). Diese Zahlen verdeutlichen das Ausmaß der Aufgabe und belegen, daß die Regierung bemüht ist, das ganze Land mit einem Netz solcher Erwachsenenbildungseinrichtungen zu überziehen. Doch ist dieses Ziel bislang nicht erreicht, denn das Netz ist vor allem in den unterentwickelten westlichen Landesteilen noch zu großmaschig.

Die vom Bildungsministerium veröffentlichten Daten geben wiederum keinen Aufschluß darüber, welche Provinzen und autonomen Gebiete die Planziele für die Abschaffung des Analphabetentums erreicht haben und welche nicht. Es wurde lediglich mitgeteilt, daß es in 13 der 31 Provinzeinheiten praktisch keine jüngeren Analphabeten mehr gebe und 18 Provinzeinheiten das Planziel noch nicht erfüllt hätten. Die 18 Provinzeinheiten werden in zwei Gruppen eingeteilt, nämlich solche des mittleren und solche des unteren Entwicklungsniveaus. Doch welche Provinzen welcher Gruppe zugehören, bleibt ebenfalls unklar. Zur letzten Gruppe der weit zurückliegenden Provinzen, die 70 Prozent aller jüngeren Analphabeten - knapp 22 Mio. - beherbergen soll, gehören mit ziemlicher Sicherheit die fünf autonomen Gebiete. In dem hier zugrunde gelegten Bericht (GMRB, 16.4.98) wird eine Gruppe von neun Provinzen erwähnt, darunter Sichuan, Guizhou, Qinghai und Ningxia. Bei diesen neun Provinzen könnte es sich um die Gruppe der am weitesten zurückliegenden Provinzeinheiten handeln, denn es ist bekannt, daß Guizhou, Qinghai und Ningxia zu den Gebieten mit dem niedrigsten Bildungsniveau zählen (vgl. dazu C.a., 1996/9, S.871). Daß dann Sichuan unter diese Gruppe fele, wäre neu, denn bislang nahm diese Provinz einen mittleren Platz ein. Vermutlich ist jedoch nach

der Abtrennung Chongqings, das 1997 regierungsunmittelbare Stadt wurde, das Bildungsniveau der restlichen Provinz deutlich gesunken, so daß eine Eingruppierung in die unterste Gruppe durchaus möglich erscheint. Kriterium für die Einstufung in diese Gruppe scheint dem Bericht zufolge eine Analphabetenzahl von mindestens einer Million zu sein.

Die Zielvorgaben für die beiden Gruppen lauten folgendermaßen: Die Gruppe der elf Provinzen des mittleren Niveaus sollen das Analphabetentum unter jüngeren Menschen bis zur Jahrhundertwende im wesentlichen abgeschafft haben. Die unterste Gruppe soll die Analphabetenrate im selben Zeitraum unter jüngeren Menschen auf unter 2 Prozent und unter „Erwachsenen“ auf unter 10 Prozent gesenkt haben (GMRB, 16.4.98). Um diese Ziele zu erreichen, sind noch gewaltige Anstrengungen erforderlich. Das Netz der Erwachsenenbildungseinrichtungen auf dem Lande soll zu diesem Zweck weiter ausgebaut werden, die Investitionen sollen verstärkt werden, und nicht zuletzt muß sichergestellt werden, daß die Alphabetisierten nicht wieder ins Analphabetentum zurückfallen. -st-

20 Worin der neue Kulturminister seine wichtigsten Aufgaben sieht

Der neue Kulturminister Sun Jiazheng (Jg. 1944) kann auf eine längere Parteikarriere in seiner Heimatprovinz Jiangsu zurückblicken. Begonnen hat der Absolvent der chinesischen Abteilung der Nanjing-Universität seine politische Laufbahn in der Jugendligaarbeit. Bevor er 1994 in die Zentralregierung geholt wurde, war er 1983 in den Ständigen Ausschuß des Parteikomitees der Provinz Jiangsu berufen worden und wurde 1986 stellvertretender Parteisekretär der Provinz Jiangsu und zugleich Leiter der Propagandaabteilung. Das letztgenannte Amt scheint ihn für seine Ministerämter in der Hauptstadt, das des Rundfunk- und Fernsehministers (1994-98) und nun das des Kulturministers, besonders zu qualifizieren. Die engen Verbindungen zwischen Propagandaabteilung und Kulturbereich sind auch in diesem Fall offensichtlich.

Wie er in Interviews erläuterte (vgl. RMRB, GMRB, 6.4.98), sieht Sun Jiazheng die chinesische Nation gegenwärtig in einer entscheidenden Phase der Wiedergeburt (*fuxing*). Bei der nationalen Wiedergeburt spiele die Kul-

tur eine wichtige Rolle. Deshalb betrachte er es als seine Aufgabe, die Rolle der Kultur zur Geltung zu bringen, die Kunst zur Blüte zu führen und dem Volk noch mehr hervorragende geistige Nahrung zu geben. Als Leitlinien für seine Kulturpolitik führt Sun die unverzichtbaren Schlagworte „Dem Volke und dem Sozialismus dienen“ und „Laßt hundert Blumen blühen, laßt hundert Schulen miteinander wettstreiten“ an. Doch er nennt auch konkrete Aufgaben. So will er der Ausbildung künstlerischen Nachwuchses besondere Aufmerksamkeit widmen. Dieser werde heute an 30 Kunsthochschulen und 120 Kunstfachschulen auf Sekundarebene ausgebildet, die alle reformiert und neugestaltet werden müßten. In die Kunstschulen werde sein Ministerium künftig mehr investieren, kündigte der Minister an.

Ein weiterer Aufgabenbereich stellt sich dem neuen Minister in der Angleichung der künstlerischen Produktion und des Kulturbetriebs an die sozialistische Marktwirtschaft. Hier werden z.T. neue Töne angeschlagen, z.B. was die Reform der Organe des Kulturministeriums angeht. Ziel der Reform sei die Trennung zwischen Politik und Unternehmen, die Normierung der Funktion der Regierung, die Vereinfachung der Struktur und des Personals sowie die Verbesserung des Arbeitsstils. Aus dem Kulturministerium soll eine „einfache, hocheffiziente und ehrliche“ Organisation werden, eine Organisation, die eng mit den Kulturarbeitern verbunden ist, voll und ganz im Dienste der Kultur steht und das Vertrauen der Kultur- und Kunstarbeiter ganz Chinas genießt. (Die Trennung zwischen Politik und Kulturbetrieben ist an sich nichts Neues, sie ist im wesentlichen wirtschaftlich bedingt, d.h. die Kulturbetriebe müssen sich weitgehend selbst finanzieren und werden nur noch in geringem Maße staatlich subventioniert. Die Rolle des Kulturministeriums erscheint jedoch in neuer Sicht. Die „Normierung“ (*guifan*) seiner Funktion bedeutet offensichtlich, daß die Kompetenzen des Ministeriums auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden sollen, so daß willkürliche Eingriffe in den Kulturbetrieb nicht ohne weiteres möglich sind. Auch daß sich das Ministerium eher als Partner der Kulturschaffenden denn als bürokratische Kommandostelle begreifen will, ist positiv zu bewerten.) Die Theater und sonstigen künstlerischen Ensembles sollen weiter reformiert werden mit dem Ziel, den Wettbewerb bei der künstlerischen Produktion zu stärken, das System zu beleben, vermehrt her-

vorrangende Werke und Künstler hervorbringen und in stärkerem Maße für die Massen zu spielen. Zugleich betonte der Minister auch die Rolle der Kultur als Wirtschaftsfaktor. Hierbei müsse jedoch besonderes Augenmerk auf die Unterstützung und Bewahrung der „Essenz der nationalen Kultur“ (*minzu wenhua jingcui*) und hervorragender ernster Kunst gelegt werden.

Damit sind in erster Linie die traditionelle chinesische Kultur, deren „Essenz“ aus nationalen Gründen bewahrt werden soll, und die ernste, hohe Kunst gemeint. Daneben will der Minister sich auch für die Massenkultur einsetzen gemäß dem Schlagwort „den Volksmassen dienen“. Quelle für diese Kunst sollen Leben und Arbeit der Volksmassen sein, d.h. die Kulturschaffenden sollen sich nicht von den Volksmassen entfernen. Angesichts der Tatsache, daß der größte Teil der Bevölkerung Chinas Bauern seien, müsse der Dorfkultur besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Kultur müsse aufs Land gehen (*xiaxiang*), Theateraufführungen auf dem Lande, Kulturzüge und andere Formen des *xiaxiang* sollten beibehalten und neue Formen gefunden werden, damit die Kunst die Massen erreicht. Es müßten nicht immer große Aufführungen sein, kleine Formen seien auch angebracht, wichtig sei flächendeckende und regelmäßige Arbeit.

Schließlich befürwortete der Minister den Ausbau des Kulturaustauschs. China habe eine fünftausend Jahre alte Kultur. Der Grund, warum diese nicht untergegangen sei, liege letztlich darin, daß sie einerseits fest im chinesischen Boden verwurzelt gewesen sei, andererseits sich durch Übernahme hervorragender Kultur von außen bereichert und weiterentwickelt habe. Allerdings müsse bei der Übernahme ausländischer Kultur verhindert werden, daß reaktionäre und dekadente Kultur nach China eindringe. Aus Suns Ausführungen geht deutlich hervor, daß China sich keinesfalls nur als Empfänger ausländischer Kultureinflüsse begreift, sondern daß es verstärkt aktiven Kulturexport betreiben will. Eine wichtige Aufgabe sieht der Minister darin, „der Welt die hervorragende Kultur Chinas vorzustellen“. Das Ausland soll durch die „glänzende Kultur“ der chinesischen Nation die Geschichte und Gegenwart Chinas verstehen lernen; überdies soll „das gute Erscheinungsbild des sozialistischen China in der Welt weiter gefestigt werden“. Aus diesen Worten spricht eine selbstbewußte Haltung, die als Aus-

druck des neuen Nationalismus zu werten ist. -st-

21 Geburtenkontrolle bis Mitte des nächsten Jahrhunderts

In einem Interview der *Volkszeitung* mit dem neuen Minister für Familienplanung Zhang Weiqing bekräftigte dieser, daß China bis zur Mitte des nächsten Jahrhunderts an der Politik der Geburtenkontrolle festhalten wolle. Zhang hat im März als Nachfolger von Peng Peiyun das Amt des Vorsitzenden der Staatlichen Kommission für Familienplanung angetreten. Chinas Bevölkerung, so Zhang, wachse pro Jahr um 13 Millionen Menschen, und dies beeinträchtige schon jetzt die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, die Lebensqualität des Volkes und die Anhebung der Qualität und des Bildungsniveaus des Volkes. Insbesondere der Druck auf die natürlichen Ressourcen und die Umwelt sei enorm groß und werde noch lange anhalten. Prognosen zufolge werde die Bevölkerung Chinas bis zur Mitte des 21. Jh. auf 1,6 Mrd. anwachsen, vorausgesetzt allerdings, daß das Bevölkerungswachstum weiter kontrolliert wird. Erst danach bestehe die Möglichkeit, Nullwachstum zu erreichen.

Die bevölkerungspolitischen Ziele bis zur Mitte des nächsten Jahrhunderts stellte Zhang Weiqing wie folgt dar:

1. Bis zum Jahr 2000 soll die Bevölkerung nicht über 1,3 Mrd. wachsen. Bis dahin will man die Zahl der Mißgeburten senken und Ehepaaren im Fortpflanzungsalter reproduktionsmedizinische Gesundheitsdienste zuteil werden lassen (einschließlich Unterweisung in Familienplanung, Verhütung, technischer Dienste, prä- und postnataler Versorgung usw.).

2. Bis zum Jahr 2010 soll die Bevölkerung unterhalb einer Grenze von 1,4 Mrd. gehalten werden. Die Qualität der Bevölkerung soll weiter verbessert werden (darunter sind sowohl Eugenik als auch die Anhebung des Bildungsniveaus zu verstehen). Für Ehepaare im Fortpflanzungsalter soll bis dahin eine reproduktionsmedizinische Grundversorgung sichergestellt sein, ferner sollen die mit der zunehmenden Alterung der Gesellschaft verbundenen Probleme gelöst und die sozialen Sicherungssysteme verbessert werden. Auch das Problem des ungleichen Geschlechterverhältnisses in einigen Regionen (d.h. das Überwiegen männlicher Nachkommen) soll behoben werden.

3. Bis zum Jahr 2021 soll das Bevölkerungswachstum weiter eingeschränkt werden, die Qualität des Volkes soll sich deutlich verbessert haben, und Ehepaare im Fortpflanzungsalter sollen überall gute reproduktionsmedizinische Versorgung genießen.

4. Um die Mitte des nächsten Jahrhunderts wird mit 1,6 Mrd. der Bevölkerungsgipfel erreicht sein. Danach wird die Bevölkerung allmählich abnehmen. Die Qualität der gesamten Bevölkerung wird gut und die Bevölkerungsstruktur vernünftig sein. Die Bevölkerung wird dann selbstbewußt Familienplanung betreiben und sich im Einklang mit Wirtschaft, Gesellschaft, Ressourcen und Umwelt entwickeln. (Vgl. RMRB, 1.4.98, S.5)

In jüngster Zeit waren Stimmen laut geworden, die meinten, im nächsten Jahrhundert werde es zu einer Lockerung der strengen Geburtenregelung kommen (vgl. z.B. SCMP, 14.10.97; IHT u. AWSJ, 21.10.97). Ein Nachlassen der Anstrengungen Chinas, das Bevölkerungswachstum weiter einzudämmen, ist aus den Plänen der Familienplanungskommission jedoch nicht zu erkennen. In Anbetracht des entschlossenen Modernisierungskurses der Partei muß an der Bevölkerungskontrolle festgehalten werden; denn ein ungezügelter Wachstum würde alle Modernisierungsanstrengungen zunichte machen. -st-

Außenwirtschaft

22 Konsugerma in Shanghai

Ende April wurde in Shanghai die erste deutsche Konsumgüterausstellung, die „Konsugerma“, eröffnet. Zwischen dem 25.4. und dem 1.5.98 zeigten rd. 170 Aussteller einen Ausschnitt aus der Palette deutscher Konsumgüter. Dem chinesischen Konsumenten wurden u.a. Markennamen von Porzellan, Delikatessen, Weine, Spielzeuge oder Modeartikel, aber auch Sport- und Freizeitartikel, Fahrzeuge sowie Inneneinrichtungen vorgestellt.

Um die Präsenz der deutschen Konsumgüter im Alltag zu demonstrieren, wurde ein deutsches Einfamilienhaus mit typischen Einrichtungsgegenständen aufgebaut, und die Ausstellung wurde von einer Kultur- und Ereigniswoche begleitet. Weiterhin war das Designzentrum Nordrhein-Westfalen auf der Messe vertreten, das ausge-